

Sieben Wochen Streik: Der Kampf geht weiter!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

sieben Wochen Streik! Sieben Wochen Kampf für Eure Rechte als Lohnabhängige! Sieben Wochen Widerstand gegen Unternehmerwillkür und Ausbeutung! Ihr könnt stolz auf Euch sein! Und auch wenn die CFM-Geschäftsleitung weiter blockiert, habt Ihr schon viel erreicht: die Ungerechtigkeit öffentlich angeprangert; anderen Mut gemacht, sich nicht alles gefallen zu lassen; den aufrechten Gang begonnen und ein Stück Würde zurück erobert!

Den Druck erhöhen

Ihr führt Euren Kampf unter schwierigen Bedingungen und habt mit vielen Ideen, Kreativität und Entschlossenheit großen Druck aufgebaut. Die regelmäßigen Demonstrationen, die Aktionen bei Dussmann und im SPD-Haus, die gestrigen Blockaden am Rohrdamm, in Mitte und beim CBF und vieles mehr sind wichtige Mittel, um dem Streik Durchschlagskraft zu verleihen. Eines ist klar geworden: Arbeitgeber und Senat praktizieren die Arroganz der Macht, ignorieren Eure berechtigten Forderungen und wollen Euch am langen Arm verhungern lassen. Die CFM- und Charité-Geschäftsführungen treten mit Hausverboten gegen GewerkschafterInnen, Auszahlung von Streikbrecherprämien und andere Maßnahmen Eure Rechte mit Füßen.

Deshalb solltet Ihr diskutieren, Eure Kampfmittel zu steigern. Wir sind der Meinung, dass Ihr einen Weg findet, dass Euer Streik den geregelten Ablauf bei der Charité, bei den privaten Gesellschaftern und in der ganzen Stadt (für die der Senat zuständig ist) effektiv stört. Der Flashmob bei Dussmann war dafür ein gutes Beispiel. Das hat den Damen und Herren dort richtig geärgert und sie müssen Angst um ihr Image bekommen.

Viele gute Ideen werden unter Euch diskutiert: Besetzung der VAMED-Büros, Fortsetzung von Blockadeaktionen wie gestern, spontane Kreuzungsblockaden, Protest bei den Koalitionsverhandlungen, Besetzung des Robert-Koch-Platzes 1 etc. - nutzt die Streikversammlungen, um gemeinsam zu entscheiden, mit welchen Mitteln Ihr den Streik fortsetzen wollt. Bildet Gruppen von KollegInnen, die solche Aktionen dann gemeinsam planen und umsetzen.



Kundgebung vor Dussmann bei der Demonstration am 15. Oktober

Solidarität entscheidend

Euer Kampf ist im Interesse von einer Million LeiharbeiterInnen, zwei Millionen ArbeiterInnen mit einem Stundenlohn unter sechs Euro und acht Millionen Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen – und all den weiteren Millionen, die morgen in eine prekäre Beschäftigung abrutschen können. Euren Kampf zum Erfolg zu machen ist deshalb nicht nur die Verantwortung von Euch und Euren gewerkschaftlichen Betriebsgruppen, sondern von der gesamten Gewerkschaft ver.di und dem DGB.

Die Solidaritätsdemonstration am 15. Oktober mit 1.000 TeilnehmerInnen war große Klasse, genauso die Flugblattaktion bei der BVG. Solidarität und Öffentlichkeit werden einen ganz entscheidenden Beitrag zu Eurem Erfolg leisten können, denn der öffentliche Druck ist wichtig,

damit sich beim Senat und in der Charité-Leitung etwas bewegt.

Wir sind der Meinung, dass ver.di und der DGB hier noch eine große Schippe drauf legen sollten. So wie bei der BVG 15.000 Flugblätter verteilt wurden, sollte das in allen Betrieben, die durch ver.di organisiert werden, geschehen – 100.000 Flugblätter zur Solidarität mit den CFM- und Alpenland-Streiks! Mit Plakat- und Anzeigenkampagnen kann die Öffentlichkeit in einem noch viel größeren Maß erreicht werden. Wenn nicht nur der ver.di-Fachbereich 3, sondern die ganze Gewerkschaft und der DGB zu einer zweiten Solidaritätsdemonstration aufrufen und ernsthaft mobilisieren, kann diese deutlich größer werden.

Gemeinsam kämpfen

Ihr seid Opfer der kapitalistischen Klassengesellschaft, in der Profite wichtiger sind als Menschen. Ihr kämpft für eine Veränderung der Verhältnisse in Eurem Betrieb. Wir brauchen aber auch eine Veränderung der Verhältnisse in Staat und Gesellschaft, wenn wir als ArbeiterInnen nicht immer weiter Opfer der grenzenlosen Profitgier einiger Weniger sein wollen (gerade Ihr wisst das, denn die Ausgliederung und Teilprivatisierung der CFM war eine politische Entscheidung, bei der PolitikerInnen einmal mehr Unternehmerinteressen statt Arbeiterinteressen vertreten haben). Das sehen auch Hunderttausende weltweit so, die gerade in Bewegung geraten sind, um sich gegen die Allmacht der Banken zu wehren. Deshalb ist es gut und wichtig, dass KollegInnen schon an den Aktionen gegen die Bankenmacht teilgenommen haben. Wir rufen Euch deshalb auf, auch am kommenden Samstag gegen die Macht der Banken und des Kapitals zu demonstrieren und dort auf Euren Streik aufmerksam zu machen:



Demonstration
Die Krise heißt Kapitalismus
Samstag 29. Oktober
13 Uhr Rotes Rathaus